**Deutscher Bundestag** **Drucksache 14/5251**
**14. Wahlperiode** 06. 02. 2001

# Antrag

**der Abgeordneten Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Norbert Blüm, Hermann Gröhe, Siegfried Helias, Joachim Hörster, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Rudolf Kraus, Dr. Manfred Lischewski, Ruprecht Polenz, Marlies Pretzlaff, Erika Reinhard, Hans-Peter Repnik, Dr. Christian Ruck, Volker Rühe, Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Peter Weiß (Emmendingen) und der Fraktion der CDU/CSU**

## Deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Demokratisierungshilfe für die zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion verstärken

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Als vor einem Jahrzehnt die Sowjetunion zerfiel, waren die Erwartungen des Westens an den politischen und wirtschaftlichen Reformprozess sehr hoch gesteckt. Nicht nur für die Staaten Mitteleuropas und der europäischen Sowjetunion, sondern auch für die fünf neuen Staaten in Zentralasien Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan erwartete man einen Systemwechsel hin zu Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft. Einen ersten Meilenstein auf diesem Weg sah man in ihrer Aufnahme in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Heute ist jedoch eine realistischere Einschätzung eingekehrt. Selbst bei Zugrundelegung einer Minimaldefinition von Demokratie ist der liberalste zentralasiatische Staat, Kirgistan, von einer Demokratie im westlichen Sinne weit entfernt. In den genannten Staaten regieren Präsidenten, die im Zuge der Perestroika die Macht übernahmen und seither mit Hilfe ihrer autoritären Staatsstrukturen alles tun, um sie nicht wieder abgeben zu müssen. Auch der Transformationsprozess in Richtung Marktwirtschaft ist von herben Rückschlägen gekennzeichnet. Länder wie z. B. Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan haben zwar Reformen wie die Unternehmensprivatisierung, die Liberalisierung des Außenhandels und legislative Schritte für mehr Rechtssicherheit und zur Erleichterung von Auslandsinvestitionen unternommen, sehen ihre wirtschaftlichen Aktivitäten aber immer noch gehindert durch überkommene planwirtschaftliche bzw. noch fehlende marktwirtschaftliche Strukturen. In Usbekistan hemmen zudem strenge Devisenregulierungen die Wirtschaftskontakte mit dem Ausland. Turkmenistan zeigt weit weniger Reformbereitschaft, unternimmt nur zaghafte Schritte zur Änderung seines Planwirtschaftssystems und der strikten Außenhandelsregulierung und sieht sich mit einer Reduzierung seines Bruttosozialprodukts konfrontiert. Besonders problematisch ist die Situation in Tadschikistan, dem die Hände zur Umsetzung notwendiger Reformen aufgrund der permanent instabilen Lage (1992 ausgebrochener Bürgerkrieg, anhaltende regionale Rivalitäten mit religiösem Hintergrund, Infiltration islamischer Extremisten aus Afghanis-

tan) gebunden sein dürften. Regionale Integration beschränkt sich bislang auf Lippenbekenntnisse, wie zuletzt auf einem Treffen der Staatspräsidenten Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans und Usbekistans in Almaty im Juni 2000, wo eine Wirtschafts- und Währungsunion nach EU-Vorbild bis spätestens 2002 angekündigt wurde.

Die Situation dieser Staaten verkompliziert sich angesichts ihrer geostrategischen Situation im Hinblick auf Russland und China. Hatte Russland sie zunächst ohne größere Vorbehalte zu Beginn der neunziger Jahre in die Unabhängigkeit entlassen, verstärkte sich der Trend zu einer größeren politischen Einflussnahme wieder spätestens 1995 mit Präsident Boris Jelzins „Erlass zur Schaffung eines Strategieplans für die Russische Föderation in Bezug auf die Staaten der GUS". Dieses Dokument forderte nicht nur die Unterordnung der Politik dieser Staaten unter die Interessen Russlands, sondern betonte auch die Notwendigkeit einer Garantie der Rechte russischer Minderheiten, einer größeren wirtschaftlichen Integration und der Schaffung einer einheitlichen Verteidigungsstruktur. Aus Sicht Moskaus dürfte ihrer Eigenstaatlichkeit damit nur ein begrenzter Stellenwert zukommen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang die enge militärische Kooperation zumindest eines Teils dieser Staatengruppe wie z. B. Tadschikistans oder Kasachstans mit Russland. Abgesehen von seiner einflussreichen Position als Hauptwirtschaftspartner der Region setzt Russland die Abhängigkeit dieser Staaten vom russischen Öl- und Gasleitungsnetz dafür ein, sich z. B. über Beteiligungen der staatlichen russischen Ölfirma Lukoil zielgerichtet Anteile an der dortigen Rohstofferschließung zu sichern. Zumindest wirtschaftlich scheint auch China in den Startlöchern zu stehen, um seine Rolle in der zentralasiatischen Region zu stärken. Angesichts der langen chinesischen Grenzlinie mit Kasachstan und Kirgistan sowie enger ethnischer Verbindungen zwischen den beiderseits der Grenze lebenden Uiguren und Kasachen kann dies nicht verwundern. Seit der Unabhängigkeit kam es zu zahlreichen Treffen auf mitunter höchster politischer Ebene, um den Handel zu intensivieren und für gute Beziehungen zu werben. Konsequenz daraus ist, dass China dabei ist, nach Russland größter Handelspartner der Region zu werden (beispielsweise kommen 50 Prozent der nach Kasachstan eingeführten Konsumgüter bereits aus China).

Im Vergleich hierzu sind die politischen und wirtschaftlichen Initiativen von Staaten wie dem Iran, Pakistan oder anderen arabischen bzw. moslemischen Staaten und selbst die vielfältigen Ansätze der Türkei zur Einflussnahme auf die zentralasiatische Region als vergleichsweise begrenzt einzustufen.

Deutschland ist für die Länder Zentralasiens ein Wunschpartner hinsichtlich wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklungskooperation. Umgekehrt haben wir in dieser – vielen unserer Bürger eher unbekannten Region – eine Reihe wichtiger eigener Interessen. Die Stabilität zumindest eines Teils dieser Staaten wird durch Drogenhandel und religiösen Fundamentalismus ernstlich bedroht. Die Region ist nicht nur Herkunftsstätte, sondern auch großvolumiger Umschlagplatz für Rauschgift. Durch sie läuft der mittlerweile wichtigste Transportweg nach Europa für Rauschgift aus Afghanistan, wo allein ca. 75 Prozent der Weltproduktion an Opium hergestellt werden. Die nach Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan eingesickerten islamistischen Kampfgruppen sollen den überwiegenden Teil des Drogenhandels in der Region kontrollieren. Zugleich findet der religiös aufgeladene Extremismus einen beunruhigenden Nährboden in sozial unterprivilegierten Schichten der dortigen Bevölkerung, was die Lage an Russlands Südflanke destabilisiert und die Wiederholung blutiger Auseinandersetzungen ähnlich wie in Dagestan oder gar Tschetschenien heraufbeschwören könnte. Aus sicherheitspolitischen Erwägungen muss der Stabilität dieser Region, ihrer stärkeren Bindung an Europa durch demokratische, marktwirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen sowie einer gesicherten friedvollen, ungestörten Zusammenarbeit seitens Europas und insbe-

sondere Deutschlands weit mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werden. Instabilität, Kriminalität und humanitäre Notsituationen in der Region wirken direkt auf uns zurück: Deutschland beherbergt eine große Exilgemeinde aus zentralasiatischen Herkunftsländern und umgekehrt leben noch heute deutschstämmige Bevölkerungsteile im Umfang von mehreren hundertausend Menschen in diesen Staaten.

Schließlich verfolgen wir auch wirtschaftliche Interessen: Deutschland ist auf Außenhandel und Rohstoffimporte angewiesen. Die zentralasiatische Region bietet umfangreiche Rohstoffvorkommen, vor allem Öl und Gas. Sie benötigt zur Erschließung und für den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland produzierte technische Anlagen und sonstige Produkte der umfangreichen deutschen Außenhandelspalette wie z. B. chemische Erzeugnisse oder Kraftfahrzeuge.

Für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bieten sich zahlreiche Ansatzmöglichkeiten. Beispielhafte Erwähnung sollen hier nur Deutschlands Unterstützung im Bereich der Reform des Rechtswesens und Modernisierung des Staates (z. B. Schaffung unabhängiger Rechtsinstitutionen und einer geordneten Finanzverwaltung, Unterstützung bei Korruptionsbekämpfung) sowie bei den Wirtschaftsreformen finden. Die Erfahrung lehrt allerdings, dass die genannten Staaten nicht immer einfache Kooperationspartner sind. Man erkennt dies nicht zuletzt daran, dass die Kooperationsprogramme mit Turkmenistan wegen dortiger unzureichender Reformansätze und -bereitschaft im Lichte der autokratischen Herrschaft des Staatspräsidenten auf Lebenszeit sowie mit Tadschikistan wegen des bereits erwähnten Stabilitäts- und Sicherheitsproblems nur auf niedrigem Niveau laufen. An Tadschikistans Grenze spielt sich allerdings momentan eine massive Flüchtlingstragödie ab. Etwa 10 000 Afghanen haben sich dorthin vor den Kämpfen zwischen den afghanischen Bürgerkriegsparteien geflüchtet und befinden sich, nachdem Tadschikistan seine Grenze abgeriegelt hat, angesichts der Winterkälte, Mangel an Trinkwasser, sich ausbreitender Krankheiten und Beschusses durch Taliban-Milizen in einer immer verzweifelteren Lage.

Der für die Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region verfügbare Finanzrahmen war von Beginn an im Vergleich mit anderen Entwicklungslandregionen bescheiden. In jüngster Vergangenheit wurden zwar begrenzt Zusagen für die Finanzielle Zusammenarbeit, aber paradoxerweise kaum mehr für die eigentlich viel dringender benötigte Technische Zusammenarbeit gegeben. Aufgrund von neuerlichen Titelkürzungen in Verbindung mit Titelumgruppierungen ist für das Haushaltsjahr 2001 eine nochmalige Reduzierung der Finanzdecke im Einzelplan 23 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu befürchten. Hierdurch wird nicht nur die Durchführung bereits begonnener Projekte gefährdet, sondern die Inangriffnahme notwendiger neuer Vorhaben ernsthaft in Frage gestellt. Abgesehen von einem weitgehend sicherheits- und rohstoffpolitisch dominierten Engagement der USA wird die Region von anderen bi- und multilateralen Gebern eher vernachlässigt.

In der neuen regionalen Konzentrationsplanung des BMZ haben Kirgistan, Usbekistan und Kasachstan lediglich den Status eines einfachen „Partnerlandes“ erhalten, mit dem die Entwicklungszusammenarbeit möglichst auf einen Schwerpunktsektor konzentriert werden soll. Turkmenistan und Tadschikistan haben nicht einmal mehr in der untersten Rubrik der „potentiellen Partnerländer“ Erwähnung gefunden. Hiermit widmet die Bundesregierung dieser Staatengruppe eindeutig zuwenig Aufmerksamkeit. Sie verkennt die Bedeutung dieser Staaten für die politische Stabilität und wirtschaftliche bzw. soziale Entwicklung der zentralasiatischen Region sowie der Südflanke Russlands und

vernachlässigt damit Deutschlands Chancen zur Wahrnehmung seiner dortigen wichtigen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Interessen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den außen- und entwicklungspolitischen Dialog mit dieser Staatengruppe durch hochrangigen Besuchsaustausch zu intensivieren und hierbei die Unterstützung bei der Etablierung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, umfassender Menschenrechtsstandards und sozialer Marktwirtschaft in den Mittelpunkt zu stellen,
2. in der entwicklungspolitischen Konzentrationsplanung Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan als Schwerpunktpartnerländer sowie Turkmenistan und Tadschikistan zumindest als potentielle Partnerländer hochzustufen,
3. für die entwicklungspolitische Kooperation mit diesen Ländern wesentlich höhere Finanzmittel als bisher z. B. durch eine Öffnung des Haushaltstitels 896 03 im Einzelplan 23 des BMZ für die von dieser Staatengruppe dringend benötigte Technische Zusammenarbeit vorzusehen,
4. die Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere die Technische Zusammenarbeit, auch weiterhin auf die Modernisierung der Staats- und Wirtschaftssysteme sowie die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu konzentrieren,
5. Finanzmittel und Beratung für Gesundheitsprogramme gegen sich gerade in dieser Staatengruppe epidemisch ausbreitende Krankheiten wie Tuberkulose und Pest bereitzustellen, mit deren Hilfe diese Gefährdungen schnell eingedämmt und langfristig in den Griff bekommen werden können,
6. sich im Rahmen der EU für ein weitaus stärkeres entwicklungspolitisches Engagement als bisher in dieser Staatengruppe einzusetzen,
7. ihrer Verantwortung gegenüber den in den zentralasiatischen Staaten verbliebenen deutschstämmigen Bevölkerungsteilen gerecht zu werden, indem sie bei den dortigen Regierungen für die vollständige Wahrung von deren Menschen- und Bürgerrechten sorgt und diesen Bevölkerungsteilen auch weiterhin ausreichende materielle Unterstützung zukommen lässt,
8. der Technischen Zusammenarbeit im weiteren Sinne mehr Raum einzuräumen und vor allem den politischen Stiftungen und deren Demokratie und Marktwirtschaft förderndem Wirken in diesen Ländern größere Betätigungsfelder als bisher, insbesondere durch eine merkliche Erhöhung der hierfür verfügbaren Finanzmittel, zu erschließen,
9. außen- und entwicklungspolitisch die politischen und wirtschaftlichen Integrationsbemühungen dieser Staaten zu unterstützen,
10. in Zusammenarbeit mit den politischen Stiftungen und den kirchlichen Hilfswerken den interreligiösen Dialog zu fördern,
11. der Gewährleistung der Religionsfreiheit im politischen Dialog eine hohe Priorität einzuräumen und gleichzeitig diese Staaten in ihren Bemühungen um die Zurückdrängung des religiösen Fundamentalismus zu unterstützen,
12. diese Staaten bei der Durchführung von gegen Drogenanbau und -handel gerichteter Programme zu fördern und dies mit der Unterstützung von Maßnahmen zur Bekämpfung der damit verbundenen Banden- und Milizenkriminalität zu flankieren,
13. diese Staaten unter Einbeziehung des EU-Programms TRACECA (Transport Corridor Europe Caucasus Asia) bei der Wiederherstellung des Verkehrs- und Kommunikationswegs der so genannten Alten Seidenstraße zu

unterstützen, um auf diese Weise die regionale Zusammenarbeit in dieser Staatengruppe sowie zwischen dieser Staatengruppe und der EU zu fördern,

14. darauf zu drängen, dass diese Staaten endlich die Pläne zur Sicherung einer gemeinsamen Wasserversorgung und zur Eindämmung der Verwüstung angesichts des Austrocknens des Aralsees umsetzen, um die Auswirkungen dieser drohenden Umweltkatastrophe möglichst weitgehend einzudämmen,
15. auf die Regierungen von Tadschikistan und Russland, das mit Truppen die tadschikische Grenze sichert, Einfluss zu nehmen, um Tadschikistan zu einer zumindest vorübergehenden Aufnahme der afghanischen Flüchtlinge an seiner Grenze zu bewegen, und Tadschikistan hierfür gegebenenfalls über die EU, multilaterale Hilfsorganisationen oder Nichtregierungsorganisationen ausreichende Mittel an humanitärer Hilfe zur Verfügung zu stellen,
16. die sich im Zusammenhang mit den zentralasiatischen Staaten stellenden Fragen in unseren Dialog mit den USA, Russland, China, der Türkei und dem Iran einzubeziehen,
17. die deutsche Wirtschaft zu ermutigen, Möglichkeiten für gemeinsame deutsch-russische Projekte insbesondere im Erdöl- und Erdgassektor auszuloten und entsprechende Initiativen deutscher Unternehmen zu flankieren.

Berlin, den 25. Januar 2001

**Klaus-Jürgen Hedrich**
**Dr. Norbert Blüm**
**Hermann Gröhe**
**Siegfried Helias**
**Joachim Hörster**
**Dr. Karl-Heinz Hornhues**
**Rudolf Kraus**
**Dr. Manfred Lischewski**
**Ruprecht Polenz**
**Marlies Pretzlaff**
**Erika Reinhard**
**Hans-Peter Repnik**
**Dr. Christian Ruck**
**Volker Rühe**
**Dr. Wolfgang Schäuble**
**Dr. Andreas Schockenhoff**
**Dr. Christian Schwarz-Schilling**
**Peter Weiß (Emmendingen)**
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333